



ZEIT-SERIE ZUM 8. MAI 1945, TEIL 3

Das Ende der Selbstgewissheit

Eine von der ZEIT in Auftrag gegebene Umfrage zeigt: Der Umgang mit der NS-Vergangenheit ist so umkämpft wie lange nicht. Und die jüngsten Attacken von rechts treffen auf eine Erinnerungskultur, die fragiler ist, als es scheint **VON CHRISTIAN STAAS**

Vor 15 Jahren wurde es eingeweiht: Das Holocaust-Mahmal in Berlin

Wie halten es die Deutschen mit der Geschichte, 75 Jahre nach dem 8. Mai 1945, nach den Verheerungen des Weltkrieges, nach Zusammenbruch und Befreiung?

Ein paar Antworten: 53 Prozent der Bundesbürger wollen einen Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit ziehen. 77 Prozent halten es für ihre Pflicht, Diktatur und Holocaust nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. 66 Prozent möchten mehr über die Geschichte des Nationalsozialismus wissen.

59 Prozent finden es übertrieben, dass ihnen das Thema «fast täglich in den Medien vorgehalten wird». Im Auftrag der ZEIT hat das Institut policy matters am Anfang dieses Jahres 1044 Frauen und Männer ab 14 Jahren nach ihren Einstellungen zur NS-Zeit befragt. Die Ergebnisse könnten, selbst wenn man sie mit der gebotenen Skepsis betrachtet, widersprüchlicher kaum sein: Die Deutschen wollen sich erinnern und wollen es doch nicht.

Historische Fragen sind Identitätsfragen, und seit je ist die Haltung zur NS-Vergangenheit hierzulande ein Gradmesser für den Zustand der politischen Kultur. Daran hat sich nichts geändert, auch wenn die großen Geschichtsdebatten vorbei sein mögen. Die sogenannte Neue Rechte hat unterdessen der Erinnerungskultur selbst den Kampf angesagt, und spätestens seit die AfD in den Bundestag eingezogen ist, erfolgen ihre Angriffe auf großer Bühne. Dass zugleich die letzten Zeugen sterben, ist eine bittere Koizidenz: Die kollektive Erinnerung wird schon bald ohne jene auskommen müssen, die sich noch erinnern können.

Das Bild, das die Umfragedaten zeichnen, kann man da, je nach Gemütslage, als beruhigend oder beunruhigend empfinden. Immerhin sprechen sich stabile 77 Prozent der Befragten für Erinnern und Gedenken aus. Aber meinen sie, was sie sagen? Oder bestärkt sich hier der finstere Verdacht, den der Gießener Politologe Samuel Salzborn kürzlich in seinem Buch *Kollektive Unschuld* geäußert hat: dass die Erfolgsstory von der Aufarbeitung eine »Lüge« sei, ein dünner Firnis, unter dem sich ein Abgrund von Unbeherrbarkeit, Rassismus und Antisemitismus aufbaut wie zuletzt in Halle und Hanau?

Sieht man genauer hin, trifft weder das eine noch das andere zu: Es gibt nichts zu beschönigen – und nicht viel zu entlarven. Starredens scheinen sich in den Zahlen diffuse Affekte abzubilden, die durchaus in einer Brust wohnen können. Es schließt sich nicht aus, die historische Auseinandersetzung für wichtig zu halten, eine vage Sehnsucht nach »Normalität« zu verspüren (56 Prozent meinen »voll und ganz« oder »eher«, das ständige Erinnern »ein gesundes Nationalbewusstsein« verhilfend) und, vielleicht aus Unwissenheit, zu denken: »Die Masse der Deutschen hatte keine Schuld, es waren nur einige Verbrecher, die den Krieg angezettelt und die Juden umgebracht haben« (insgesamt 53 Prozent Zustimmung).

Womöglich spiegelt sich in solcher Ambivalenz sogar ein deutscher Normalzustand. Denn so sehr man, wie jüngst die Philosophin Susan Neiman in

ihrem Buch *Von den Deutschen lernen*, die Erinnerungskultur dieser Republik als Errungenschaft begreifen darf, war und ist sie dies im Wortsinn: ein unablässiges Ringen der Gesellschaft (und jedes Einzelnen) mit sich selbst. Die stolze Gewissheit, es im »Aufarbeiten« gleichsam zum Weltmeister gebracht zu haben, hat darüber zuletzt recht großzügig hinweggesehen.

Anfechtungen gab es immer wieder: In den Achtzigerjahren – die Deutschen lernten gerade das Wort Holocaust zu buchstabieren, und auch die Konservativen feierten nun den 8. Mai als »Tag der Befreiung« – entbrannte über die relativierenden Thesen Ernst Noltes der Historikerstreit. In den späten Neunzigern litt Martin Walser öffentlich unter der »unaufhörlichen Präsentation unserer Schande«, und der Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein erblickte im geplanten Holocaust-Mahmal in Berlin ein von außen aufgezungenes »Schandmal«. Die Gleichzeitigkeit von Schuldabwehr und dem Bekenntnis »Nie wieder!« scheint geradezu das Signum der deutschen Haltung zur NS-Geschichte zu sein.

Besonders im Familiengedächtnis haben sich die alten Muster konserviert. Opa ist heute weniger Nazi denn je: Gerade einmal drei Prozent geben in der aktuellen Umfrage an, ihre Vorfahren hätten das Hitler-Regime befürwortet; 30 Prozent dagegen glauben, aus Familien von Nazi-Gegnern zu stammen. Selbst wenn man die Maßstäbe für die Anhänger sehr eng und die für die Gegnerschaft sehr weit fasst, stehen diese Zahlen in keinem Verhältnis zur historischen Realität.

Die Schlussstrich-Forderung dagegen hat über die Jahre an Zugkraft verloren. Während die Akzeptanz eines selbstkritischen Geschichtsbildes wuchs, schrumpfte die Jetzt-ist-auch-mal-gut-Fraktion nach Befragungen des Allensbach-Institutes von 66 Prozent im Jahr 1986 auf 48 Prozent 2009.

Deuten die nun ermittelten 53 Prozent eine Wende an? Dafür fehlt es an validen Daten. Die Selbstverständigungsdebatte über die NS-Geschichte aber, so viel lässt sich sagen, ist nicht dabei, sich zu harmonisieren. So übertreffen die Rede vom »Vogelschiss« und die Forderung nach einer »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad« frühere Einwände nicht nur an Grobschlächtigkeit.

Die nach Parteipräferenz aufgeschlüsselten Umfragedaten lassen außerdem keinen Zweifel daran, dass die AfD-Wähler nicht anders denken als die Partei-Demagogen. 80 Prozent und mehr teilen folgende Aussagen »ganz und gar« oder »eher«: »gemessen an der langen Geschichte unseres Landes, der Nationalsozialismus einen »viel zu großen« Raum einnehme; dass man als Deutscher »wegen der NS-Geschichte nicht mehr offen über bestimmte Themen diskutieren« könne; dass es Zeit für einen »Schlussstrich« sei. Die Liste ließe sich fortsetzen. Für 39 Prozent ist die Judenverfolgung »sehr weit weg« und nicht von Interesse. 58 Prozent finden, der Nationalsozialismus werde zu negativ dargestellt, er habe »auch positive Seiten« gehabt.

Der rechte Rand hat sicherlich einen polarisierenden Effekt auf das Gesamtbild. Gänzlich zu erklären aber ist das widersprüchliche Umfrageergebnis damit nicht. Vielmehr zeigt sich, dass der Angriff von rechts

kein festgefügtes Bollwerk des »Schuldults« trifft, wie die Rechte insinuiert, sondern ein fragiles Gebilde, das in stetem Wandel begriffen ist.

Versoben hat sich in den vergangenen Jahren nicht nur der politische Rahmen. Auch was 59 Prozent der Befragten beklagen – dass der Nationalsozialismus in den Medien übermäßig präsent sei –, ist kaum mehr der Fall (wenn es denn jemals zutrifft). Der Spiegel etwa, nach ihm im Ruf stehend, mit Hitler Auflage zu machen, hat seit 2016 keine einzige NS-Geschichte mehr auf dem Titel gehabt.

»Hitler sells«, spottete der Freiburger Historiker Ulrich Herbert 2015 in dieser Zeitung. Das stimmt schon damals nicht mehr, hat seit 2016 keine einzige NS-Titel seit mindestens zehn Jahren schwer. Selbst im ZDF, wo Guido Knopp den Zuschnitt sämtlicher Aspekte auf Hitler bis an die Grenzen der Selbstparodie getrieben hat, sind Dokumentationen zum »Dritten Reich« deutlich seltener geworden. Das Thema verlagert sich mehr und mehr in Spartenkanäle und Mediatheken. Keiner muss mehr »wegschauen«, wie Martin Walser es 1998 für sich reklamierte. Es genügt, nicht hinzusehen.

Die erinnerungskulturelle Hochphase zwischen 1990 und 2010, sagt Stefan Brauburger, Knopps Nachfolger beim ZDF, »wurde maßgeblich durch die

unter trügen es gesamte Schulklassen zur Schau, als wollten sie sagen: »Wir machen das hier nicht mit.« An manchen ostdeutschen Schulen, sagt Knigge, dominierten rechte Lehrer die Kollegien.

Er sehe allerdings auch eine erstarkende Gegenbewegung. Vor allem junge Leute suchten Buchenwald als einen »Ort ethischer, politischer und historischer Vergewisserung« auf und wollten wissen: Was genau ist geschehen? Was hat das mit heute zu tun?

Eine ähnliche politische Wachheit nimmt Florian Dierl wahr, der das Dokumentationszentrum auf dem früheren Reichsparteitagsgelände in Nürnberg leitet. Die rechtsextremen Übergriffe seien sogar rückläufig. »Vermutlich«, sagt er, »ist das Provokationspotenzial hier einfach geringer als in einer KZ-Gedenkstätte.«

Diese Beobachtung verrät etwas über die deutsche Erinnerungskultur als Ganzes: In den vergangenen 40 Jahren hat sie sich gleichsam von Nürnberg nach Buchenwald verlagert, von der Frage nach dem Regime, nach dessen Aufstieg und Mächterhalt, hin zum millionenfachen Massenmord. Wer den Geschichtsdiskurs an seinem neuralgischen Punkt treffen will, zeigt daher nicht auf der Zeppelintribüne den Hitlergruß, sondern ritzt ein Hakenkreuz in die Leichenwanne eines Lager-Krematoriums.

Über allem, sagt der Jenaer Zeithistoriker Norbert Frei, stehe seit je die Frage: »Wie konnte es dazu kommen?« Bis in die Siebzigerjahre habe sie den 30. Januar 1933 gemeint. Seit den Achtziger- und Neunzigerjahren meine sie den Holocaust.

Diese Verschiebung ging mit der Stabilisierung der westdeutschen Demokratie einher – und mit einer allmählichen empathischen Hinwendung der Täterkinder zu den Opfern des Nazi-Terrors. An die Stelle der Faschismus-Analysen der 68er trat die Analyse von Antisemitismus und Rassismus statt die zwölf NS-Jahre von ihren Anfängen her zu begreifen, erklärt man sie mehr und mehr von ihrem Ende her, den Erschießungsgruben und Todsälzern.

So wichtig dieser Wandel war, hat er mitunter zu einer fragwürdigen Verkürzung des Nationalsozialismus auf den Holocaust geführt. Ein Paradigma, das heute, da die Erinnerung an Weimar wieder wach wird, an Grenzen stößt. So lassen sich mit dem Fingerzeig auf die deutschen Verbrechen zwar der Rassismus und Antisemitismus der neuen Völkischen als das benennen, was sie sind: eine tödliche Gefahr. Um die neurechte Attacke auf Demokratie und Liberalismus mit historischer Tiefenscharfe zu erfassen, ist der Hinweis auf die Leichenberge von Auschwitz jedoch eher ungeeignet.

Der verengte Blick auf Mord und Lagerterror hat zudem eine Tendenz zur emotionalen Überwältigung begünstigt, die in Reinform wenig dazu taugt, die historische Urteilskraft zu stärken. Vermutlich liegt hier auch eine Ursache für das in der Umfrage bekundete Unbehagen an einem gewissen erinnerungspolitischen Konformitätsdruck. »Man kann seine Meinung über die NS-Vergangenheit in Deutschland nicht ehrlich sagen« – diesem Satz schließen sich immerhin 42 Prozent der Befragten an. Knapp die Hälfte gibt zu Protokoll: »Ich habe den Eindruck, dass man, wenn immer von den Verbrechen des Nationalsozialismus die Rede ist, Betroffenen zeitgen

mus, und das nervt mich.« Die oft abwehrend vorgetragene Selbsteinschätzung, doch schon so viel über die NS-Zeit zu wissen, könnte ähnliche Gründe haben: Die »richtige« Haltung einzunehmen lernen schon Schüler, ohne sich mit allzu vielen Fakten beladen zu müssen. Betroffenheit geht schnell.

Vielleicht, sagt Norbert Frei, habe auch der Ruf nach einem »Schlussstrich« vor diesem Hintergrund einen anderen Klang als früher. Entspringe er heute doch nicht mehr dem Bedürfnis der NS-Zeitgenossen, in Ruhe gelassen zu werden, sondern dem Gefühl der Nachgeborenen, das abverlangte Bewältigungspensum erfolgreich absolviert zu haben. Das Wissen über die Zerstörung der Weimarer Republik sei in der Öffentlichkeit unterdessen weithin verbreitet worden. Neuere Forschungen dazu? Gibt es kaum.

Im Nürnberger Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände plant man derzeit eine neue Dauerausstellung: in drei bis vier Jahren soll sie fertig sein. Man wolle sich in Zukunft noch stärker auf den Ort selbst besinnen, sagt Florian Dierl, und weniger in der Breite erzählen. Dafür soll, am konkreten Beispiel Nürnberg, der Zeithorizont erweitert werden – von den Anfängen der NS-Bewegung in Weimar bis zur Nachgeschichte in der Bundesrepublik.

Lange Linien ziehen und mehr historische Konkrektion wagen, lautet auch Volkhard Knigges Antwort. »Die Politikerreden, wie dieses Jahr zum Auschwitztag«, findet er, »sind in dieser Hinsicht besser geworden.« Die Zeiten des »selbstgefälligen Stolz auf die eigene Aufarbeitungsleistung« seien jedenfalls vorbei. Es herrsche ein »neuer Ernst«. Seit die AfD in den Parlamenten sitzt, sagt Knigge, sei die Mahnung, einer Wiederholung der Geschichte vorzubeugen, keine Floskel mehr.

Ob der rechte Angriff die Ambivalenten, die Müden, die Selbstgefälligen und Gelangweilten gleichgültig lassen, wachrüden oder in ihren Resentiments bestärken wird, ist nicht ausgemacht. Anzeichen liefert die aktuelle Umfrage für alles zugleich.

Ein vorsichtiger Optimismus ist allerdings erlaubt: 74 Prozent der Befragten geben an, dass die Beschäftigung mit der NS-Diktatur sei für Ausgrenzung und Ungerechtigkeit sensibilisiert habe. 53 Prozent ziehen aus der Vergangenheit die klare Konsequenz, dass »wir Deutsche eine besondere Verantwortung gegenüber Verfolgten aus anderen Ländern haben. Auch die Hoffnung, aus der Geschichte lernen zu können (76 Prozent), scheint ungebrochen.

Bewirkt die Neue Rechte mit ihren Attacken am Ende das Gegenteil dessen, was sie beabsichtigt? Wird die Erinnerungskultur aus den gegenwärtigen Konflikten gestärkt hervorgehen?

Wandeln müssen wird sie sich so oder so – um das Ende der Zeiteigenschaft zu verkraften und um Antworten zu finden für eine neue Generation und eine politische Welt, die sich von der nach 1945 geschaffenen transnationalen Ordnung schneller entfernt denn je. In der Vergangenheit war das Erinnern oft in Phasen des Streits besonders lebendig. Dass sich im deutschen Selbstgespräch die Widersprüche verschärfen, ist so gesehen eine gute Nachricht.

Ein PDF mit allen von policy matters erhobenen Daten finden Sie unter zeit.de/ns-umfrage

Nächste Woche

In Deutschland vergessen, in Russland verfeimt – das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen nach 1945: Teil 4 unserer Serie zu 75 Jahren Kriegsende

Archivöffnungen in Osteuropa und Russland nach dem Ende des Kalten Krieges ausgelöst. Zu heben gab es vor allem Quellen über den Krieg und den Holocaust; nicht zuletzt deshalb hätten diese Themen viele Jahre lang überwogen. Diese Welle sei gebrochen, die Einschaltquoten seien danach zurückgegangen. Von »Müdigkeit« und »Sättigung« sprechen auch Brauburgers Kollegen in den Buchverlagen.

An anderer Stelle dagegen ist der Zulauf überwältigend: in den Gedenkstätten. Bevor sie infolge der Corona-Pandemie schließen mussten, vermeldeten sie vielerorts Besucherrekorde.

»Eine Ursache ist der boomende internationale Tourismus«, sagt Volkhard Knigge, der seit 1994 die KZ-Gedenkstätte Buchenwald leitet (nun folgt ihm Jens-Christian Wagner nach, der bisherige Geschäftsführer der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten). Buchenwald und andere ehemalige Lager seien aber auch mehr denn je Orte der gesellschaftspolitischen Debatte – und der Konfrontation.

Mindestens einmal pro Monat haben es Knigges Mitarbeiter mit rechtsextremen Provokationen, Schmierereien und Vandalismus zu tun. Seit 2015 registrieren sie bei der Zahl der Vorfälle dramatische Auschwüge nach oben (ZEIT Nr. 27/19). Auch das Schließen halte wieder Einzug. Nicht das entsetzte, sprachlose, sondern das kalte, unerschütterbare. Mit

Ambivalenz und Abwehr: Ergebnisse der ZEIT-Umfrage zur Erinnerungskultur

